Alpiq will dem Bund ihre Atomkraftwerke für 1 Franken verkaufen

Sonntag, 6. November 2016, 22:57 Uhr

Weil die beiden Atomkraftwerke Gösgen und Leibstadt unrentabel sind, soll die Betreiberin Alpiq versucht haben, die Anlagen nach Frankreich zu verschenken. Weil dieser Plan scheiterte, versucht Alpiq jetzt, ihre Atomkraftwerke dem Bund zu einem Spottpreis zu verkaufen.



Für die Kernkraftwerks-Betreiberin Alpiq ist das AKW Gösgen ein finanzieller Klotz am Bein. KEYSTONE

Wer möchte ein Schweizer Atomkraftwerk für 1 Franken erwerben? Niemand, wie sich jetzt zeigt. «Ja, unsere Kernkraftwerke lassen sich derzeit nicht verkaufen», bestätigt der Energiekonzern Alpiq auf Anfrage von Radio SRF.

Dieses deutliche Statement lässt für SRF-Inlandredaktor Christian von Burg nur einen Schluss zu: «Es zeigt, wie katastrophal die Lage der Schweizer Stromkonzerne derzeit ist.»

Atomaustieg wird zum Verlustgeschäft

In der Tat schwammen die Schweizer Kernkraftwerks-Betreiber in der Vergangenheit im Geld. Davon konnten auch die Kantone profitieren schliesslich halten sie grosse Anteile an den Stromkonzernen. Doch spätestens seit dem Reaktorunglück in Fukushima und dem beschlossenen Atomausstieg sind Atomkraftwerke ein Verlustgeschäft.

Mit jeder Kilowattstunde, die in einem Atomkraftwerk hergestellt wird, verlieren die Betreiber Geld, weil Elektrizität auf dem (subventionierten) europäischen Strommarkt unter Wert verkauft werden muss.

Dieses Geschäftsmodell funktioniere nur noch solange, bis die Kassen der Stromkonzerne leer seien, erklärt Christian von Burg. Dies könnte nämlich bei Alpiq früher der Fall sein, als ursprünglich angenommen: «Das bedeutet dann Konkurs.»

Verwandte Artikel



Atomausstieg: Die heisse Frage um das Wann



6 Kommentare

Auch Alpiq will bei frühzeitigem Atomausstieg Entschädigung



Axpo will 4 Milliarden Franken bei frühzeitigem Atomausstieg



Abkehr vom Atomstrom hätte Konsequenzen

Mehr zu Schweiz



Oskar Freysinger trotzt der Kritik an seiner Gastrede



Neonazi-Treffen im Wallis verhindert



Moschee-Razzia: Islam-Verband suspendiert Glaubensbrüder



Grünliberale unterstützen Unternehmenssteuerreform



Zahl neuer Asylbewerber aus Eritrea sinkt

1 of 4 7.11.2016 15:15

Alpig will AKWs verschenken

Das Geschenk-Angebot von Alpiq stammt aus einem vertraulichen Protokoll der Umweltkommission des Nationalrats (Urek-N) über eine Aussprache mit dem Alpiq-Verwaltungsratspräsident Jens Alder, das die «SonntagsZeitung» publik gemacht hat. Laut dem Bericht wollte Alpiq ihre beiden Atomkraftwerke Gösgen und Leibstadt nach Frankreich verschenken, konkret an die Electricité de France SA (EDF).

«Ich habe als Erstes der EDF unsere AKW als Geschenk angeboten. Dies wurde aber abgelehnt», soll Alder in der Kommission gesagt haben. Alpiq habe auch kein anderes Unternehmen gefunden, das die Atomkraftwerke übernehmen wollte.

Deshalb versuchte Alpiq, die Kernkraftwerke Leibstadt und Gösgen dem Bund zu verkaufen – und dies äusserst günstig: «Wir würden unsere AKW gerne dem Staat verkaufen, ja sogar für einen symbolischen Preis von einem Franken verschenken», zitiert die «SonntagsZeitung» Alder vor der Kommission.

Stromproduktion ist ein Verlustgeschäft

Tatsächlich erwirtschaftet die Schweizer Stromproduktion einen jährlichen Verlust von zwei Milliarden Franken. «Wir müssen irgendeine Lösung finden, um aus dieser Situation herauszukommen», sagte Alder demnach weiter.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Alpiq im Zusammenhang mit dem Schweizer Atomausstieg in die Schlagzeilen gerät. Bereits Anfang März dieses Jahres hatte die «Basler Zeitung» publik gemacht, dass die PR-Agentur «Hirzel, Neef, Schmid» einen Plan ausarbeitet, wie dem Bund die Atomkraftwerke «schmackhaft» gemacht werden könnten.

Cui bono – kurz vor der Abstimmung über den Atomausstieg?

Mitten im Abstimmungskampf um die Atomausstiegs-Initiative Ende November ist diese Information brisant. Die Veröffentlichung des vertraulichen Kommissionsprotokolls über das Verschenken von AKWs nütze vor allem der atom-kritischen Seite. Deshalb sei es naheliegend, dass das Leck für das vertrauliche Kommissionsprotokoll bei den linken Parteien liege, vermutet von Burg.



3:29 min, aus Echo der Zeit vom 06.11.2016

Auf Nachfrage von Radio SRF bei den Nationalräten in der Urek-N sagte niemand, die Informationen der «SonntagsZeitung» seien falsch. Einige sagten korrekterweise einfach nichts, aber im Kern wurde bestätigt, dass Jens Alder an der Kommissionssitzung

im Mai vom Verkaufsangebot an die EDF gesprochen habe. Auch die Alpiq-Medienstelle bestätigte SRF, dass ihre Kernkraftwerke sich derzeit nicht verkaufen lassen.

Offiziell bestätigt dagegen weder Alpiq noch die Kommissionsmitglieder, dass die Stromkonzerne deshalb auf eine Annahme der Atomausstiegs-Initiative hoffen und damit auf ein «Ende mit Schrecken, statt einem Schrecken ohne Ende», erklärt von Burg.

Wer bezahlt am Ende?

Was aber auf Nachfragen auch niemand bestätigte: Ein Ja zur Atomausstiegs-Initiative käme den Betreibern entgegen. Aus rein wirtschaftlichen Gründen wäre ein Ja für die Atomkraftwerk-Betreiber kein schlechtes Szenario. Denn mit einem politisch verordneten sofortigen Aus könnten die Schweizer Stromkonzerne Schadenersatz fordern für ihre nicht mehr amortisierbaren Investitionen.

«Eigentlich geht es nur noch darum, wer bezahlt», fasst von Burg zusammen. «Entweder sind es einzelne Kantone als Besitzer dieser Stromkonzerne, die mehr bezahlen müssen – oder der Bund, also die Steuerzahler, die dafür gerade stehen müssen.»

srf/vonc/	muv	;kurn

Populär auf srf.ch

2 of 4 7.11.2016 15:15





Oskar Freysinger trotzt der Kritik an seiner Gastrede

Der Walliser SVP-Staatsrat hat in Berlin am Anlass des rechtspopulistischen Magazins «Compact» seine Gastrede gehalten.



184

Entlastung von Hillary Clinton in der E-Mail-Affäre

FBI-Chef James Comey bleibt bei der Einschätzung, Clintons Umgang mit E-Mails sei kein kriminelles Verhalten.

6 Kommentare

Anmelden

Kommentieren

Bitte melden Sie sich an, um Kommentare zu erfassen.

Alle Kommentare

Beliebteste

M. Marti (M.M.), Zürich

Montag, 07.11.2016, 01:08

Hm, wenn der Betrieb der AKWs ein Verlustgeschäft ist, sind die bereits getätigten Investitionen sowieso nicht mehr amortisierbar.. Also entsteht bei sofortiger Stilllegung auch kein Schaden, der ersetzt werden müsste.. Ja, es geht drum wer zahlt, für den Rückbau, Altlasten etc. Alpiq gehört mW nicht nur den Kantonen, sondern auch zu 25% der franz. EDF sowie weiteren Investoren wie Martin Ebner. Diese wollen sicher nicht bezahlen sondern die alten Dinger lieber dem CH Steuerzahler abschieben..

Dietmar Logoz (Universaldilettant), Zürich

Montag, 07.11.2016, 00:00

Das ist ja lustig. Die Reserven für den Rückbau der Kraftwerke würde die Alpiq offenbar behalten wollen, der Käufer müsste dann selbst dafür aufkommen, d.h. die Steuerzahler ein zweites Mal bezahlen.

17

Michael Meier (mmdeux), St. Gallen

Sonntag, 06.11.2016, 23:52

... klar, und der Steuerzahler soll nach den fetten Jahren der AKW Betreiber wieder die Zeche zahlen. Geht's noch? Die Betreiber und die Aktionäre sind für den Abbau kostenpflichtig. Wie in jedem Unternehmen trägt der Eigentümer das volle Risiko und die Verantwortung! Auch die politische Risiken bei einem 'Ja.'

19

Mehr anzeigen

Die neusten Artikel auf srf.ch











SPORT RADIO SRF MUSIKWELLE

KULTUR

RADIO SRF 3

RADIO SRF VIRUS

RADIO SRF 1

7.11.2016 15:15 3 of 4

Real siegt und verlängert mit Ronaldo

Mit einem 3:0 gegen Leganes festigen die Madrilenen ihre Spitzenposition. Good News gibt es auch zu Cristiano Ronaldo.

Für Paola ist Liebe mehr als nur ein Wort

Bei ihr verbindet sich die Lebensgeschichte mit der Musik

Giacometti, gesehen mit dem Blick eines Freundes

Der Fotograf Ernst Scheidegger hielt das Leben seines Freundes Alberto Giacometti fest: im Atelier und mit der Familie.

De Song vom Tag: Remady & Manu-L «L.I.F.E.»

«These Are The Days Of Our Lives» – das Dance-Duo besingt auf seiner neuen Single die pure Lebensfreude.

So kommen Witze in eine Satiresendung

TV-Stars schreiben nicht jeden Witz selber. Ein Gagschreiber von «Giacobbo/Müller» gibt Einblick hinter die Kulissen.

«Tatort» feiert Jubiläum: Fakten zum Kult-Krimi

Am 13. November kommt die 1000. Folge «Tatort». Für echte «Tatort»-Fans wird es ein Déjà-vu: Fakten zum Kult-Krimi.

Wer wir sind	Was wir tun				Wie können wir helfen
Über SRF	News	Radio SRF 1	Play SRF	Mobile Version	Hilfe
Porträt	Sport	Radio SRF 2 Kultur	TV-Programm	Korrekturen	Kundendienst
Qualität	Meteo	Radio SRF 3	Radio-Programm	Verkehr	Media Relations
Besucherführungen	Kultur	Radio SRF 4 News	Podcasts	Shop	
Jobs	DOK	Radio SRF Musikwelle	Radio Swiss Classic	Zambo	
Sponsoring		Radio SRF Virus	Radio Swiss Jazz		
			Radio Swiss Pop		



RECHTLICHES IMPRESSUM

SRF Schweizer Radio und Fernsehen, Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft

RTS RSI RTR SWI 3SAT

4 of 4 7.11.2016 15:15